



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2018

**Der katalanische Unabhängigkeitsmythos : Unlauter und provinziell :
Gastkommentar**

Aerni, Philipp

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

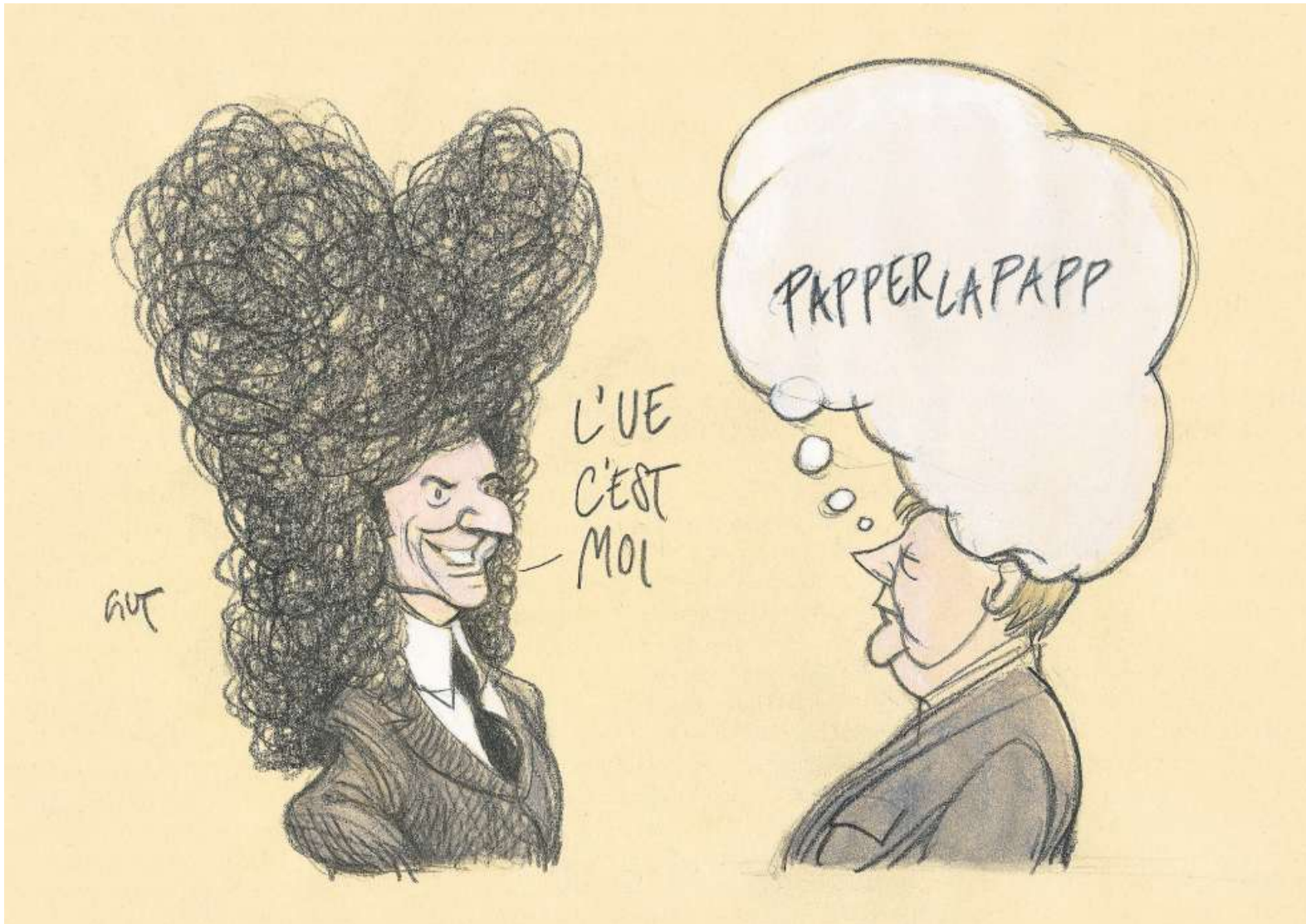
ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-153485>

Newspaper Article

Published Version

Originally published at:

Aerni, Philipp. Der katalanische Unabhängigkeitsmythos : Unlauter und provinziell : Gastkommentar. In: NZZ, 12 May 2018, 10.



Konzernverantwortungsinitiative

Für einen Gegenvorschlag

Gastkommentar

von TONI STADLER

So wie die Konzernverantwortungsinitiative formuliert ist, steht uns ein polarisierter Abstimmungskampf zwischen Konzernkritikern und Konzernverteidigern mit ungewissem Ausgang bevor. Noch ist Zeit für einen Gegenvorschlag. Im November 2017 hatte die Rechtskommission des Nationalrates entschieden, einen indirekten Gegenvorschlag des Ständerats abzulehnen, mit der Begründung: «Die Rechtskommission will Unternehmen mit Sitz in der Schweiz nicht vorschreiben, Menschenrechte und Umweltschutz auch im Ausland zu respektieren.»

Ein ungeschickter Satz, im Grunde eine Einladung zu unethischen Geschäftspraktiken. Solches geht hinter das Erreichte zurück und unterschlägt, dass eine Mehrheit multinationaler Konzerne – einschliesslich fast aller Schweizer Blue-Chip-Unternehmen – seit 20 Jahren im Rahmen der Corporate Social Responsibility (CSR) engagiert daran gearbeitet haben, Menschenrechte, Arbeitsrechte und die Umwelt auch dort zu schützen, wo die Regierung des Gastlandes wegschaut.

Grosskonzerne von Nike über H&M bis Airbus schulen ihre Führungskräfte an der praktischen Umsetzung der 10 Prinzipien des Global Compact der Uno. Sie stellen Personal an, um zusammen mit NGO-Vertretern ihre Lieferantennetze zu inspizieren. Sie lassen Uno-Beamte ihre Betriebe besichtigen. Sie berichten jährlich über gemachte Fortschritte und Pläne für künftige Verbesserungen. In afrikanischen Niederlassungen europäischer Konzerne, Nestlé als Beispiel oder Holcim, sind die Arbeitsbedingungen in der Regel besser als bei einheimischen Betrieben. Airbus produziert die A320 in Tianjin zwar mit tieferen Löhnen, aber nach den gleichen Umweltstandards wie in Toulouse. Die CSR ist besser, als viele Kritiker wahrhaben wollen. Dieses Bestreben ist keineswegs selbstlos. Moderne Grossunternehmen wollen als Teil der Lösung globaler Probleme betrachtet werden, wollen ihre Brands skandalfrei halten, wollen ihr Personal spüren lassen, bei einer fortschrittlichen Firma angestellt zu sein, und wollen nicht zuletzt für ethische Anlagefonds attraktiv bleiben. Multinationale Konzerne haben Einfluss. Das bringt Verantwortung, heisst aber nicht, Konzerne hätten die Macht, in China das Menschenrecht Meinungsäusserungsfreiheit oder in Saudiarabien die Geschlechtergleichbehandlung vor dem Gesetz durchzusetzen.

Die Konzernverantwortungsinitiative vermischt Probleme, die auf dem Weg zur Lösung sind, mit Problemen, die dringend angepackt werden sollten. Ein Ja ohne Gegenvorschlag würde das Gros

der Schweizer Konzerne dazu zwingen, zum Beispiel die Herkunft der Rohstoffe (etwa einer BOBST-Verpackungsanlage) zu überprüfen, aber kaum mehr Menschlichkeit bringen, als mit Corporate Social Responsibility in den meisten Ländern erreicht wird. Ein Nein ohne Gegenvorschlag liesse das Geschäft mit Rohstoffen aus gesetzlichen Staaten wie der Demokratischen Republik Kongo oder Libyen weiterhin ungenügend reguliert.

Der Gegenvorschlag müsste sich auf Hochrisikobranchen, primär die Förderung und den Handel mit Konfliktmineralien wie Coltan, Diamanten, Kassiterit, Cobalt, Zinn, Wolfram, Gold konzentrieren. Hier wäre ein Schweizer Alleingang richtig und staatspolitisch klug. Weil unser Land fast die Hälfte der grössten Unternehmen dieses wachsenden Sektors beherbergt, die meisten davon am Genfer See. Weil auf wenig bekannten Firmen wie Trafigura, Vitol, Mercuria, Gunvor kaum Druck herrscht, sich zum Schutz eines Brands selber zu beschränken. Weil Menschenrechtsverletzungen ein Reputationsrisiko für unser Land und für seine Traditionskonzerne sind. Und weil eine Sorgfaltsprüfung bei Rohstoffen – im Gegensatz zu Fertigprodukten – ohne unvernünftigen Mehraufwand möglich ist.

An Ideen, wie man es korrupten Regierungen und Warlords schwieriger machen könnte, Bodenschätze an Bevölkerung und Staatskasse vorbei ausser Landes zu schaffen, fehlt es nicht. Transparenz ist das Mindeste, was der Gesetzgeber einfordern muss, überwacht durch eine Schweizer Rohstoffaufsichtsbehörde oder einen anderen Mechanismus. Dazu gibt es den Kimberly-Prozess für Blutdiamanten, die Dodd-Frank Act für die DRK, die EU-Verordnung 2017/821, hinter die ein Schweizer Gegenvorschlag nicht zurückfallen dürfte: Sorgfaltsprüfungspflicht, öffentliche Ersteigerung von Schürfrechten, Zugang zu den Minen, Ursprungszertifikate, Zahlungstransparenz entlang der Produktions- und Handelskette.

Selbst wenn der Gegenvorschlag oder die Initiative durchkäme, wäre es naiv zu glauben, das Problem vor Ort sei damit gelöst. Verantwortlich für die Führung eines Staatsapparates, die Einhaltung der Menschenrechte und den Schutz der Umwelt bleibt die nationale Regierung. Schlechte Regierungen mit einem Rohstoff-Fluch zu entschuldigen, ist Unsinn. Botswana, Norwegen und andere zeigen, wie Reichtum aus dem Boden zum Nutzen der ganzen Gesellschaft verwendet werden kann. Diesen Reichtum für Afrikas Fortschritt nutzbar zu machen, bleibt die wichtigste Aufgabe einer Entwicklungspolitik, die ihren Namen verdient.

Toni Stadler arbeitete bei IKRK, Uno, OECD und Deza, unter anderem vier Jahre als Leiter der Abteilung Lokale Konzernnetzwerke des UN Global Compact in New York.

Der katalanische Unabhängigkeitsmythos

Unlauter und provinziell

Gastkommentar

von PHILIPP AERNI

In jüngster Zeit häufen sich in der Presse die Beiträge, die den ehemaligen Präsidenten der katalanischen Autonomieregierung, Carles Puigdemont, als gehetztes Opfer der spanischen Behörden darstellen. Zumeist wird argumentiert, dass die Klage der spanischen Justiz politisch motiviert und somit eine Auslieferung nicht zu rechtfertigen sei.

Puigdemont ist es gelungen, einen Mythos in die Öffentlichkeit zu tragen, welcher das Unabhängigkeitsstreben Kataloniens als etwas Rechtmässiges, ja geradezu Natürliches erscheinen lässt. Er porträtiert die katalanische Geschichte als eine Erzählung des Widerstandes gegen die Unterdrückung Spaniens und blendet dabei die gemeinsame Geschichte sowie das gemeinsam Erreichte völlig aus.

Seit fast vierzig Jahren ist Spanien eine Demokratie, und seine autonomen Regionen verfügen über Selbstverwaltungsrechte, die mit denen von deutschen Bundesländern vergleichbar sind. Die damit verbundenen neuen Freiheiten legten den Grundstein für den wirtschaftlichen und kulturellen Wiederaufstieg Kataloniens innerhalb Spaniens. Das passt jedoch nicht in die katalanische Mythenerzählung, in der sich stolze katalanische Nationalisten gegen ein angeblich fremdes und rückständiges Spanien zur Wehr setzen. Es handelt sich dabei um eine nicht sehr appetitliche Kombination von chauvinistischem und provinziellem Denken, das im Widerspruch zum kosmopolitischen Geist der Metropole Barcelona steht.

Dieses Heldenepos steht auch im Widerspruch zur Tatsache, dass die Katalanen als Händler im demokratischen Entscheidungsprozess in Madrid bis vor kurzem ziemlich erfolgreich waren. So schafften sie es im Jahr 2006 unter der sozialistischen Regierung von José Luis Rodríguez Zapatero, ein revidiertes und erweitertes Autonomiegesetz durchzubringen, in dem Katalonien als Nation bezeichnet wird. Mariano Rajoy und seiner konservativen Oppositionspartei Partido Popular (PP) ging dies jedoch zu weit, und es wurde Klage beim Verfassungsgericht eingereicht. Dieses entschied 2010, dass bestimmte Artikel im Statut tatsächlich nicht mit der Verfassung kompatibel seien. Unter anderem musste der Satz in der Präambel gestrichen werden, wonach Katalonien eine Nation sei.

Zu allem Übel für die Katalanen wurde 2011 die verhasste PP auch noch in die Regierung und somit Mariano Rajoy zum Regierungschef gewählt. Das Verständnis für Kataloniens Unabhängigkeitsstreben hat in Madrid entsprechend nachgelassen. Aber ist es nicht charakteristisch für eine

Demokratie, dass sich der politische Wind temporär ändern kann? Für die katalanischen Nationalisten scheint das demokratische Modell jedoch nur akzeptabel, wenn die Entscheidungen zu ihren Gunsten verlaufen. Da dies seit Rajoy nicht mehr der Fall ist, wird das moderne Spanien in der politischen Rhetorik seither mit dem zuvor herrschenden repressiven und faschistischen Franco-Regime gleichgesetzt. Es ist dann nur folgerichtig, die Katalanen zu zivilem Ungehorsam aufzurufen, um die ersehnten politischen Rechte zu erlangen.

Als schliesslich letztes Jahr das spanische Verfassungsgericht das geplante Unabhängigkeitsreferendum in Katalonien für illegal erklärte, zeigten Carles Puigdemont und seine Truppe nicht das geringste Interesse am Dialog mit Madrid. Der Entscheid wurde ignoriert, und der Rest des Dramas ist ausreichend dokumentiert. Doch kaum eine Zeitung ausserhalb Spaniens erörtert den Kollateralschaden, nämlich die Vergiftung des politischen Klimas in Spanien und das rapid schrumpfende Verständnis der Regeln der Demokratie und des Rechtsstaates in der europäischen Öffentlichkeit.

Gemäss dem Semiologen Roland Barthes werden Mythen in der Politik verwendet, um die eigene Position als die «natürliche» und somit «moralische richtige» darzustellen. In der mythischen Rede findet daher eine Deformation und zugleich eine Vereinfachung der komplexen Realität statt. Sie ist populär, weil sie Sinn, Orientierung und Identität stiftet, und das ohne Eigenanstrengung. Die katalanische Identität und der ihr zugrunde liegende Mythos bedürfen daher eines Mariano Rajoy, denn ohne ihn, oder besser gesagt die mediale Darstellung seiner Person, gäbe es keine überzeugende Unterdrückungsgeschichte.

Als Verstössener, der sich auf einer Irrfahrt durch Europa befindet und schliesslich als nobler «Ex-Staatsmann» die Demütigung einer temporären Verhaftung erleben muss, wird Carles Puigdemont in den Medien gern als tragischer Held dargestellt, der im Exil für die Rechte seines Volkes kämpft – der ideale Nährboden für den Export des katalanischen Mythos in europäische Geschichtsbücher.

Die daraus resultierende Entpolitisierung des Politischen gefährdet jedoch langfristig das Fundament des demokratischen Rechtsstaates. Dieses basiert nämlich auf dem aktiven, informierten und kritisch denkenden Bürger, der sich gegen geistige Bequemlichkeit wehrt und die Mythen der Politiker nicht passiv konsumiert, sondern aktiv hinterfragt.

Philipp Aerni ist Direktor des Zentrums für Unternehmensverantwortung und Nachhaltigkeit (CCRS) der Universität Zürich.